

Antrag auf Projektförderung - Förderung von Spielstätten



Bezirksamt Mitte von Berlin
Amt für Weiterbildung und Kultur
Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte Mathilde-
Jacob-Platz 1 – 10551 Berlin www.berlin.de/kunst-und-kultur-mitte

Bitte füllen Sie dieses Formular sorgfältig aus, fügen Sie die erbetenen Anlagen hinzu. Nur ein vollständig ausgefüllter und unterschriebener Antrag kann bearbeitet werden. Ihre Angaben werden vertraulich behandelt und dienen ausschließlich den Förderungszwecken.

**Bitte reichen Sie das Formular mit allen Anlagen (siehe Seite 3) gelocht – keine Folien, Spiralheftungen o. ä. und mit Originalunterschrift an die o.g. Adresse per Post ein.
Bitte schicken Sie zudem das ausgefüllte Formular ohne Anlagen digital an projektfoerderung@ba-mitte.berlin.de Die digitale Version benötigt keine Unterschrift.**

Angaben zur Antragstellerin / zum Antragsteller Institution / künstlerische Leitung

Name, Vorname

Anschrift (bei Anträgen freier Träger Angabe des Vereinssitzes, Kollektivs etc.)

Information zur Transparenzdatenbank (*betrifft nur Vereine, GmbH, etc.*)

Persönliche Transparenzdatenbanknummer

Bitte informieren Sie sich unter: <http://www.berlin.de/buergeraktiv/ehrenamtsnetz/transparenz/>

Festnetz

Mobil

E-Mail

Weitere Projektbeteiligte

Projekttitlel
Angaben zum Projekt

Projekttitlel

Kurzbeschreibung (max. 500 Zeichen, ohne Leerzeichen)

Präsentationsort (bitte unbedingt die Spielstättenbestätigung, die Genehmigung für eine Sondernutzung für Kunst im Stadtraum oder einen Kooperationsvertrag beilegen)

Zielgruppen

Präsentationszeitraum

Anzahl der Veranstaltungen/Aufführungen, Laufzeit, ggf. Vor- und Nachbereitungszeit

Projektkosten

Beantragt wird die Bewilligung einer Zuwendung in Höhe von

1. FINANZIERUNG

Für einen ausführlichen Einblick in Ihre Finanzplanung füllen Sie bitte den Musterfinanzierungsplan des Fachbereichs Kunst, Kultur und Geschichte aus und fügen diesen der Bewerbung bei.

Kurzüberblick

Führen Sie hier bitte alle Kosten und Einnahmen auf, die in diesem Projekt voraussichtlich entstehen werden. Fassen Sie die Angaben wie folgt zusammen:

Personalkosten	<input type="text"/>	Euro
Sachkosten	<input type="text"/>	Euro
Gesamtausgaben für das Projekt	<input type="text"/>	Euro
Einnahmen aus dem Projekt	<input type="text"/>	Euro
Eigenanteil	<input type="text"/>	Euro
Drittmittel	<input type="text"/>	Euro

WICHTIG: Antragstellende müssen einen angemessenen Eigenanteil in Höhe von mind. 3% der beantragten Fördersumme erbringen. Als Eigenanteil werden insbesondere Eigenmittel, Drittmittel (z.B. durch EU, Bund), Zuwendungen und projektbezogene Einnahmen anerkannt.

Bitte ankreuzen: Bruttobeträge Nettobeträge

Sofern Sie zum Vorsteuerabzug berechtigt sind, geben Sie bitte nur die Nettobeträge an und legen einen Nachweis darüber bei.

Eigenleistungen

Zum Beispiel in Form von ehrenamtlicher Arbeit oder kostenfrei zur Verfügung gestellte Räumlichkeiten sind nicht Bestandteil des Finanzierungsplans. Sofern Sie noch andere, unbare Eigenleistungen einbringen, erläutern Sie diese bitte hier

Wurden Sie in den letzten 3 Jahren bereits mit öffentlichen Mitteln gefördert? WENN JA, erläutern Sie die erhaltenen Förderungen (Vorhaben, Förderer, Jahr + Förderhöhe)

Angaben zur Mittelverwaltung:

a) Wir arbeiten mit folgender Buchführung:

- kaufmännische doppelte Buchführung
- einfache Einnahme- und Ausgabebuchführung

b) Buchhaltung und Kasse werden durch

- hauptamtliche Personen
- ehrenamtlich geführt

c) Das Jahresergebnis wird geprüft durch

- eigene Revisoren
- fremde Revisoren / Wirtschaftsprüfer
- Steuerberater
- niemanden

Juristische Personen (u. a. Vereine) müssen ihre Registernummer mit einem Auszug aus dem zuständigen Register mitteilen. Dem Antrag wurde ein Auszug aus folgendem Register beigelegt:

- Vereinsregister Handelsregister sonstige Register: _____

Gemäß § _____ unserer Satzung vom _____ sind zur rechtsgeschäftlichen Vertretung unseres Vereines berechtigt (Bitte Kopie der Satzung beifügen.):

Name _____ Funktion _____

Die Zuwendung soll auf folgendes Konto überwiesen werden:

Kontoinhaber*in

IBAN

Erklärungen:

Ich / wir erklären, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen worden ist und auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde begonnen wird.

Ich / wir versichern, die beantragten Mittel im Falle der Bewilligung wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. Ich / wir bestätigen die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben, ebenso die Angaben im Finanzierungs- bzw. Wirtschaftsplan.

Mit der Veröffentlichung meines / unseres Namens und Postanschrift als Zuwendungsempfänger, Art, Höhe und Zweck der Zuwendung bin ich / sind wir einverstanden (Nr.1.5 der AV zu §44 LHO).

Die Ausschreibungsbedingungen laut Förderrichtlinien und Verfahrensgrundsätze sind mir / uns bekannt. Ich / wir erkennen sie an.

Falls ich von anderer Stelle eine Förderung für dasselbe Vorhaben erhalten sollte, werde ich dies dem Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte umgehend mitteilen.

Ich willige in die Verarbeitung der im vorstehenden Antrag gemachten Daten ein. Mir ist bekannt, dass ich die Einwilligung jederzeit schriftlich mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann. Ein ggf. während der Antragsprüfung erfolgter Widerruf kann dazu führen, dass die Prüfung nicht abgeschlossen werden kann.

_____ Datum

_____ rechtsverbindliche Unterschrift der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person

Bitte als Anlage beifügen:

1. Konzept (formlos, max. 2 Din-A4)
2. Zeitplan (formlos)
3. Finanzierungsplan (Vordruck)
4. kurze Selbstdarstellung (formlos, max. 1 Din-A4)
5. ausgewählte Referenzprojekte (formlos, max. 1 Din-A4)

ACHTUNG! Die folgenden zwei Seiten müssen nicht ausgedruckt werden. Mit Ihrer Unterschrift willigen Sie in die Verarbeitung Ihrer Daten gemäß der nachfolgenden Informationen nach Art. 13 DSGVO ein.

Information nach Art. 13 DSGVO für Antragstellende

Vorbemerkung

Gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO verarbeiten wir Ihre personenbezogene Daten, die wir für die Durchführung eines Antragsverfahrens benötigen, nur mit Ihrer Einwilligung. Nachfolgend informieren wir Sie darüber, welche Daten wir im Rahmen der Antragsverfahren zur Kunst- und Kulturförderung erfassen und wie wir sie verarbeiten. Dies betrifft alle Anträge auf Projektförderung, Anträge auf Infrastrukturförderung sowie Anträge auf Zuwendungen aus dem Bezirkskulturfonds.

1. Verantwortliche für die Datenverarbeitung

Bezirksamt Mitte von Berlin
Amt für Weiterbildung und Kultur
FB Kunst, Kultur und Geschichte
Mathilde-Jacob-Platz 1
10551 Berlin
Dr. Ute Müller-Tischler: ute.mueller-tischler@ba-mitte.berlin.de

2. Beauftragte für den Datenschutz

Datenschutzbeauftragter des Bezirksamtes Mitte
Christian Rudolph datenschutz@ba-mitte.berlin.de

3. Kategorien verarbeiteter Daten

Juristische Personen

- Name und Anschrift (des Vereins / der Firma etc.)
- Email-Adresse, Telefonnummer und ggf. Website
- Name(n) der Kontaktdaten der benannten Ansprechpartner*innen
- Rechtsform sowie entsprechende Unterlagen zum Nachweis (z.B. Vereinsregisterauszug)
- Transparenzdatenbanknummer
- Projektbeschreibungen, -anlagen und weitere antragsrelevante Angaben / Unterlagen

Natürliche Personen

- Name und Anschrift
- Email-Adresse, Telefonnr. und ggf. Website
- Projektbeschreibungen, -anlagen und weitere antragsrelevante Angaben / Unterlagen

Im Fall einer Bewilligung werden folgende weitere Daten verarbeitet

- Bankverbindung zur Auszahlung der Zuwendungssumme
- Verwendungsnachweis, ggf. Projektdokumentationen zum geförderten Projekt

4. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die oben genannten Daten verwenden wir für die Durchführung des Antrags- und Zuwendungsverfahrens. Die Rechtsgrundlage findet sich in Art. 6 Abs. 1 lit a DSGVO.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Innerhalb des Bezirksamtes Mitte von Berlin

- Fachbereich Kunst und Kultur im Amt für Weiterbildung und Kultur
- Wirtschaftsstelle des Amtes für Weiterbildung und Kultur
- *bei Bewilligung zusätzlich:* SG Öffentlichkeitsarbeit im Amt für Weiterbildung und Kultur
- *bei juristischen Personen zusätzlich:* SE Steuerungsdienst/Finanzen/Personal

Außerhalb des Bezirksamtes Mitte von Berlin

- Mitglieder der Förderbeiräte im Rahmen der Antragsbewertung
- Fachfirma zur Vernichtung der Unterlagen nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen

6. Dauer der Speicherung

Antragsunterlagen nicht-geförderter Projekte in Papierform werden durch eine externe Fachfirma DSGVO-konform vernichtet. Antragsunterlagen geförderter Projekte in Papierform werden nach mindestens sechs Jahren Aufbewahrung (gem. AV LHO Berlin § 71 Anlage 1) gleichermaßen fachgerecht vernichtet.

Eine Löschung der in digitaler Form vorhandenen Daten erfolgt nach einer Frist von zehn Jahren, da die digitale Erfassung der Daten im Kontext des rein analogen Antragsverfahrens viel Arbeitszeit erfordert und eine häufigere Löschung ineffizient wäre. Ausgeschlossen von der Löschung innerhalb der o.g. Fristen sind allgemeine Angaben zum Projekt (Projektdauer, Förderhöhe, Zuwendungsempfänger*in, Projektpartner*innen bei BKF-Projekten, künstlerische Sparte, Veranstaltungsort, Projektzeitraum, Anzahl der Mitwirkenden).

7. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DSGVO insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherte Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollen (Art. 16 DSGVO)
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO.
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung, von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DSGVO).
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DSGVO).

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden(Art. 77 DSGVO).

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Berlin,

Alt-Moabit 59 -61, 10555 Berlin, Telefon (030) 13889-0, Telefax (030) 2155050, E-Mail:

mailbox@datenschutz-berlin.de